



Presseerklärung

26.04.2010

CSU-Sozialpolitiker Joachim Unterländer, Hermann Imhof und Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer beim Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert Schmid -Integration beginnt in Familie und Bildungseinrichtungen-

Bei einem intensiven Informationsaustausch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert Schmid, und seinen Mitarbeitern haben der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Joachim Unterländer, und sein Stellvertreter, Hermann Imhof, sowie der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Martin Neumeyer, übereinstimmend festgestellt:

„Die wichtigsten Orte für eine gelingende Integration sind die Familien selbst und die Bildungsinstitutionen.“

Unterländer, Imhof und Neumeyer haben sich bei den Beratungen für eine intensive Fortführung der Sprachförderung insbesondere in Kindertagesstätten ausgesprochen. „Je früher die Kinder der Einwanderer die deutsche Sprache erlernen, desto besser ist es. Schließlich hängt von ihrer sprachlichen Qualifikation auch ihr Schulerfolg ab. Deswegen müssen wir die Kinder so früh wie möglich fördern“, so Martin Neumeyer, MdL. Notwendig seien darüber hinaus eine Verbesserung der Erzieherinnenausbildung und eine stärkere Teilnahme der Eltern an den vom Bundesamt angebotenen Integrationsprogrammen.

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert Schmid, hat in Übereinstimmung mit den CSU-Politikern „eine differenzierte Konzeption für eine mehrsprachige Bildung gefordert, die Schritt für Schritt zu erfolgen hat. Muttersprachliche Kompetenz ist für die Sprachbildung und die kulturelle Identität von wesentlicher Bedeutung und muss das verstärkte Erlernen von Deutschkenntnissen ergänzen.“

Darüber hinaus waren Dr. Schmid, Unterländer, Imhof und Neumeyer der Auffassung, dass den berufssprachlichen Förderprogrammen in Zeiten schwieriger Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt eine große Bedeutung beizumessen ist. „Wir müssen die Kompetenzen durch geeignete Maßnahmen, unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, unbedingt stärken“, erklären sie.

Zur Vermeidung von sozialen Brennpunkten, zur Stabilisierung der Gesellschaft und zum Erhalt

des sozialen Friedens sind gezielte Integrationsprojekte vor Ort erforderlich. Unterländer, Imhof und Neumeyer wollen sich dafür auch in Zukunft einsetzen. Präsident Dr. Albert Schmid: „Im Freistaat Bayern werden für 63 Projekte durch das Bundesamt 2,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.“

verantwortlich:
Hermann Schwab
CSU-Bürgerbüro